

(Minister Schwier)

- (A) kürzt - Olympiamitteln, ein Vergleich mit den Olympischen Spielen in München und deren Kosten ist sicher unzweckmäßig. Die ganze Form der Finanzierung ist eine andere.

Bei den 5 Millionen geht es uns - deswegen ist die Landesregierung der Meinung, bis zu 5 Millionen DM sind richtig eingesetzt - nicht nur um die Konkurrenz zwischen den Olympiabewerbern innerhalb des Bundesgebietes, sondern es geht vor allem auch darum, das Land Nordrhein-Westfalen mit seinen Möglichkeiten, Sport zu veranstalten und Sportleistungen zu erbringen, in der Weise vorzustellen, wie das leider nicht von selbst geschieht. Das ist unsere Absicht.

(Dorn (F.D.P.): Das sind doch Öffentlichkeitsmittel!)

- Nein, das sind nicht nur Öffentlichkeitsmittel, sondern es sind auch Mittel, die wir brauchen, um zum Beispiel Spitzenveranstaltungen überhaupt in unserem Land durchführen zu können. Sie wissen, daß die anderen Bewerber einzelne Städte sind, während wir Wert darauf legen, daß unsere Städtelandschaft in diesem Konzert mitspielen kann. Von daher sind diese Mittel nicht nur an der richtigen Stelle, sondern auch bisher erfolgreich eingesetzt worden.

(Zustimmung des Abg. Kniola (SPD)
- Dorn (F.D.P.): Noch sind sie ja gar nicht bewilligt; da können Sie sie noch nicht eingesetzt haben!)

(B)

- Sie sind an der richtigen Stelle im Haushalt eingesetzt. Ich glaube, das ist korrekt. - Die Verabschiedung dieses Haushalts erwarte ich nunmehr mit großer Gelassenheit.

(Beifall bei der SPD)

Frau Vizepräsident Friebe: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Wir kommen zur Abstimmung. Wir stimmen zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion der CDU Drucksache 10/4983 ab. Es ist beantragt worden, über die Ziffern einzeln abzustimmen mit Ausnahme der Ziffer 2; denn diese ist nunmehr ein gemeinsamer Antrag geworden.

Wir stimmen jetzt über die einzelnen Ziffern ab.

Ziffer 1, Stichwort Lehrereinstellungen. Wer diesem Änderungsantrag der CDU zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön. Wer ist dagegen? - Danke schön. Ich stelle fest, diese Ziffer ist abgelehnt.

(C) Wir kommen zu Ziffer 3, Stichwort Förderung von Übungsleitern. Wer diesem Änderungsantrag der CDU zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön. Wer ist dagegen? - Danke schön. Enthält sich jemand der Stimme? - Dann darf ich feststellen, daß der Antrag abgelehnt ist.

Wir kommen zu Ziffer 4, Stichwort Ausbau Münsterlandstadion. Wer für diesen Änderungsantrag der CDU ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön. Wer ist dagegen? - Danke. Wer enthält sich der Stimme? - Ich stelle fest, auch diese Ziffer ist abgelehnt.

Ich komme zur Abstimmung über die Ziffer 5, Förderung der Musikvereine und Chöre.

(Unruhe)

- Ich darf darum bitten zuzuhören. - Wer für Ziffer 5 ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön. Wer ist dagegen? - Danke schön. Ich stelle fest, Ziffer 5 ist abgelehnt.

Ich rufe Ziffer 6 auf, Stellen für Religionslehrer. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön. Wer ist dagegen? - Danke schön. Ich stelle fest, auch die Ziffer 6 ist abgelehnt.

(D) Ich rufe jetzt den gemeinsamen Änderungsantrag aller drei Fraktionen Drucksache 10/4995 auf, Stichwort Errichtung und Instandsetzung von Kirchen. Wer für diesen Änderungsantrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön. Ist jemand dagegen? - Enthält sich jemand der Stimme? - Ich stelle hier Einstimmigkeit fest.

Wir stimmen nun über den Entwurf des Einzelplans 05 - Kultusminister - ab. Wer dem Entwurf des Einzelplans 05 entsprechend der Beschlußempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 10/4905 unter Berücksichtigung des soeben einstimmig angenommenen Antrags Drucksache 10/4995 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön. Wer ist dagegen? - Enthält sich jemand der Stimme? - Dann darf ich feststellen, daß der Entwurf des Einzelplans 05 in zweiter Lesung angenommen ist.

Ich rufe nunmehr Nummer 4 auf:

Einzelplan 04: Justizminister.

Mit Drucksache 10/4982 liegt ein Änderungsantrag der CDU vor.

(Frau Vizepräsident Friebe)

- (A) Ich verweise auf die Beschlussempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 10/4904 und eröffne die Beratung. Ich erteile Herrn Abg. Dr. Klose für die Fraktion der CDU das Wort.

Dr. Klose (CDU): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der Haushalt des Justizministers gibt in zweiter Lesung üblicherweise Gelegenheit, auch eine grundsätzliche Auseinandersetzung über die rechtspolitischen Position der Landesregierung einerseits und der CDU-Fraktion andererseits zu führen. Ich sehe diesmal davon ab, weil wir in der Wahlperiode mehrfach Gelegenheit gehabt haben, über die Lage der Rechtspflege und des Strafvollzugs, die beiden Kernbereiche der Justizpolitik im Lande, zu diskutieren.

Die Lage der Rechtspflege wird immer kritischer. Überlastung, überzogene Dauer der Verfahren nehmen der Rechtsprechung die Effizienz. Abhilfe ist nicht erkennbar. Bei dieser Feststellung möchte ich es belassen.

In der Situation des Strafvollzugs wissen wir, daß sich die Bedingungen in den Anstalten unseres Landes verändert haben, daß sie trotz verringerter Zahl an Gefangenen schwieriger geworden sind. Wir haben in unserem Antrag zur Fortentwicklung des Strafvollzugs auf diese Situation aufmerksam gemacht. Die Landesregierung hat eine Antwort gegeben. Wir haben feststellen müssen, daß sie wenig Perspektiven enthält und darum nicht befriedigt.

(B)

Wir haben allerdings mit unserem Antrag, der heute im Plenum noch einmal zur Abstimmung gelangt, nachdem er im Rechtsausschuß mit den Stimmen der SPD-Fraktion abgelehnt worden ist, deutlich gemacht, wo der Schwerpunkt der Bemühungen liegt. Wir haben uns dafür ausgesprochen, 140 Stellen für Justizvollzugsassistentenanwärter zusätzlich zu schaffen, um dem Personalmangel, um den veränderten, gesteigerten Aufgaben im Justizvollzug gerecht zu werden.

Dies ist im Ausschuß abgelehnt worden, wie ich bereits sagte. Finanzielle Gründe können bei der jetzigen Lage des Haushalts hierfür keine Rolle spielen. Aber wir wissen, daß die Mitarbeiter im Justizvollzugsdienst nicht nur Anspruch auf verbale Anerkennung ihrer Arbeit haben, sondern daß wenigstens das Defizit, das durch die Arbeitszeitverkürzung eintritt, ausgeglichen werden muß.

Wenn das hier abgelehnt wird, dann frage ich mich allerdings, wo die soziale Position der sozialdemokratischen Fraktion gegenüber diesem Teil der Bediensteten unseres Landes

ist. Wir haben, Herr Minister, am 30. September den Landesverbandstag des Bundes der Strafvollzugsbediensteten in Essen erlebt. Selbst wenn ich einmal berücksichtige, daß hier auch Interessen deutlich vertreten werden müssen, so bleibt ein Kernbestand an Bedürfnis, diesen sehr belasteten, auch in ihrer Tätigkeit sehr belasteten Mitarbeitern gerecht zu werden.

(C)

Wir haben im Ausschuß im Grunde genommen alle dieselbe Auffassung gehabt, daß dies notwendig ist. Es ist aber mehrheitlich abgelehnt worden, und wir bedauern das. Aber dann soll auch durch die Abstimmung hier im Plenum klar werden, wo die Verantwortung zu suchen ist: bei der Landesregierung und bei der sie tragenden Mehrheitsfraktion.

Das gleiche gilt für die 60 Stellen für Sozialinspektoren zur Anstellung für den Bereich der Bewährungshilfe. Hier herrscht seit vielen Jahren ein drückendes Defizit. Die Belastung der Sozialarbeiter, der Bewährungshelfer ist groß. Auch hier wäre Gelegenheit, an einer zweiten Stelle ein Zeichen zu setzen; aber auch das werden Sie wohl wieder ablehnen.

Ich möchte abschließend sagen, daß wir in der kommenden Wahlperiode die Gedanken über eine bessere Effizienz des Vollzuges, die uns in dieser Wahlperiode bewegt haben, aufgreifen werden. Wenn ich gestern in mehreren Zeitungen lesen mußte, daß zwei Überfälle auf die Kreissparkasse in Grevenbroich am 20. Oktober und am 10. November von 3 Tätern verübt worden sind, die Freigänger sind, dann muß ich trotz aller Schwierigkeiten, die wir, die wir fachlich damit zu tun haben, kennen - und wir haben nie dazu geneigt, Emotionen zu provozieren -, tatsächlich für uns die Frage anschließen, Herr Minister, ob es hier nicht doch notwendig ist, daß gegenüber den Verbrechern, die eine wirkliche Verbesserung und eine Änderung im Sinne des Behandlungsvollzuges gar nicht wollen, andere Maßnahmen ergriffen werden, um die Sicherheit der Bevölkerung zu verbessern und um darüber hinaus auch dem eigentlichen Auftrag des Vollzuges, nämlich den Verurteilten in ein soziales, in ein freies gesichertes Leben zurückzuführen, besser gerecht zu werden und diesen eigentlichen Auftrag zu gewährleisten.

(D)

Hier liegen, so glaube ich, Aufgaben für die Zukunft vor uns, die mit Sicherheit auch nur mit mehr Personal zu bewältigen sind. Wir stellen also unsere Anträge noch einmal zur Abstimmung. Vielleicht überlegen Sie es sich

(Dr. Klose (CDU))

- (A) noch einmal, ob Sie nicht doch zustimmen können. Es gibt im Grunde genommen, wenn Sie sich mit Ihren Justizpolitikern unterhalten, keinen einzigen überzeugenden Grund, diese Anträge abzulehnen.

(Beifall bei der CDU)

Frau Vizepräsidentin Friebe: Für die Fraktion der SPD erteile ich Herrn Abg. Mayer das Wort.

Mayer (Düsseldorf) (SPD): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Der Einzelplan des Justizministers gehört zu den Haushalten, die in besonderer Weise durch Personalaufwendungen für staatliche Dienstleistungen geprägt sind. Etwa 73 % der Gesamtausgaben sind Ausgaben für rund 33 000 Personalstellen bei Gerichten, Staatsanwaltschaften, im Strafvollzug und in anderen Justizeinrichtungen. Mit diesen rund 33 000 Stellen trägt das Land der Aufgabe Rechnung, eine effektive Rechtsgewährung und einen modernen Strafvollzug sicherzustellen.

Lassen Sie mich sagen, daß die Bewältigung dieser Aufgaben in den letzten Jahren nicht einfacher geworden ist. Dafür gibt es mehrere Gründe. Ich nenne hier nur die Zunahme der Belastung von Gerichten und Staatsanwaltschaften; ich nenne steigende Betreuungszahlen bei der Bewährungshilfe und eine Verschärfung der Sicherheitslage im geschlossenen Strafvollzug bei insgesamt rückläufigen Gefangenenzahlen.

(B)

Trotz der schwierigen finanzpolitischen Rahmenbedingungen haben wir uns in den vergangenen Jahren auch im personellen Bereich auf diese Entwicklung eingestellt. So sind von 1984 bis 1989 bei den Gerichten und Staatsanwaltschaften 96 neue Stellen für Richter, 26 neue Stellen für Staatsanwälte und 14 neue Stellen für Wirtschaftsreferenten geschaffen worden. Die Bewährungshilfe, von der Sie eben sprachen, Herr Dr. Klose, ist um 111 Stellen verstärkt worden, und für den Strafvollzug haben wir in den letzten 10 Jahren insgesamt 1 322 Stellen zusätzlich geschaffen, so daß wir heute im Vergleich mit anderen Bundesländern über die beste personelle Ausstattung verfügen.

Ich will dazu sagen: Bei allem Verständnis für die schwierige Belastungssituation, in der Richter, Staatsanwälte, Bewährungshelfer und Strafvollzugsbedienstete nach wie vor stehen, muß anerkannt werden, daß in hochbelasteten Bereichen der Justiz eine erhebliche personelle Verstärkung stattgefunden hat.

Der Justizhaushalt 1990 knüpft daran an und schöpft die haushaltswirtschaftlichen Ge-

staltungsmöglichkeiten weiter aus. Ich will hier nennen: Für Richter und Staatsanwälte werden insgesamt 64 Stellen neu eingerichtet, womit einerseits der besonderen Belastung von Verwaltungs- und Finanzgerichten, andererseits der Arbeitszeitverkürzung nach dem Tarifabschluß 1988 jedenfalls teilweise Rechnung getragen wird. Für die Bewährungshilfe sind nach einer Verstärkung im Haushalt 1989 um 11 Stellen für 1990 weitere fünf Stellen vorgesehen. Die Einstellungsmöglichkeiten für Anwärter werden um 181 auf insgesamt 588 im Jahre 1990 erhöht.

(C)

Lassen Sie mich hinzufügen: Durch die Aufhebung der seit 1981 geltenden Stellenbesetzungssperre wird nach den Berechnungen des Herrn Justizministers die Personalkapazität in der Justiz im Umfang von rund 750 Stellen erhöht. Ich meine, auch das muß man sehen, entsprechend würdigen und einreihen. Ich will hier nicht verschweigen, daß der Arbeitskreis "Recht" unserer Fraktion im Hinblick auf die Arbeitszeitverkürzung weitergehende Überlegungen für den Strafvollzug und die Bewährungshilfe entwickelt hatte, die sich aber innerhalb der Gesamtkonzeption nicht durchsetzen ließen. Dazu verweise ich auf die Ihnen vorliegende Beschlüßvorlage des Haushalts- und Finanzausschusses, die auch eine Zusammenfassung unserer Stellungnahme im Rechtsausschuß enthält.

Lassen Sie mich hinzufügen: Wir rechnen fest damit, daß die faktischen Aufstockungswirkungen tatsächlich eintreten, die durch die Aufhebung der Stellenbesetzungssperre ermöglicht werden. Allein im allgemeinen Strafvollzugsdienst werden dadurch 143 Stellen sofort besetzbar.

(D)

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, gegenüber dem Regierungsentwurf wird sich die Zahl der Stellen für die Justizvollzugsanstalten um 14 erhöhen. Die SPD hat diese zusätzlichen Stellen beantragt, um die personelle Ausstattung der Mutter-Kind-Abteilung beim Justizkrankenhaus in Fröndenberg sicherzustellen, die 1990 eröffnet werden soll.

Darüber hinaus bot sich die Beschlüßvorlage des Haushalts- und Finanzausschusses dazu an, für ein großes Staatsschutzverfahren vor dem Oberlandesgericht Düsseldorf Beamte des allgemeinen Vollzugsdienstes für die Dauer der Hauptverhandlung einzusetzen. Deshalb werden befristet 16 Stellen umgewandelt und dem Justizvollzug zur Verfügung gestellt, damit in den Anstalten die erforderlichen Ersatzeinstellungen vorgenommen werden können.

(Mayer (Düsseldorf) (SPD))

- (A) Lassen Sie mich noch auf zwei weitere Bereiche eingehen, die für die nordrhein-westfälische Justizpolitik von erheblicher Bedeutung sind.

Erstens: Die Erfassung und Erforschung von Rechtsstaatssachen ist Bestandteil des rechtspolitischen Arbeitsprogramms, das der Justizminister zu Beginn der 10. Legislaturperiode vorgelegt hat. Wir stimmen mit ihm darin überein, daß es angesichts der hohen Belastung in weiten Teilen der Justiz erforderlich ist, empirisch abgesichertes Grundlagenmaterial über die Gründe zu erarbeiten. Wir wissen vielfach noch viel zu wenig über die tatsächlichen Ressourcennutzung in der Justiz.

Ein Beispiel für praktische Justizforschung ist die Untersuchung, die die WIBERA über die Arbeitsabläufe in vier ausgewählten Strafvollzugsanstalten durchgeführt hat. Aus dieser Untersuchung haben wir bemerkenswerte Ergebnisse gewinnen können, die den Rechtsausschuß noch weiter beschäftigen werden. Ergebnisse, die uns weiterbringen, erwarten wir auch von der Arbeitsablaufuntersuchung in der Finanzgerichtsbarkeit.

Zweitens: Die Modernisierung der Justiz durch den Einsatz neuer Techniken ist ein weiterer Bereich, der besonderer Anstrengungen bedarf. Wir haben das in unserem Entschließungsantrag zur Verbesserung der Rechtsgewährung hervorgehoben, den der Landtag im März dieses Jahres beschlossen hat.

(B)

Im Justizhaushalt 1990 sind für die Automation im Justizbereich insgesamt 9,8 Millionen DM veranschlagt, davon allein 6,5 Millionen DM für den Erwerb von Geräten und Ausrüstungsgegenständen zur Weiterentwicklung der automatisierten Datenverarbeitung. Die Aufstockung dieser Mittel um rund 2 Millionen DM findet durch die SPD volle Zustimmung.

Meine Damen und Herren, die Justizpolitik des Landes ist in vielen Bereichen abhängig von Entscheidungen, die der Bundesgesetzgeber trifft oder auch unterläßt. Darauf habe ich bereits in den Beratungen zum Justizhaushalt 1989 hingewiesen. Vor diesem Hintergrund meine ich, daß das Land seine Aufgabe, die Ressourcen für eine effektive Rechtsgewährung und für einen modernen Strafvollzug zu schaffen, mit dem Justizhaushalt 1990 sachgerecht ausfüllt. Deshalb stimmt die SPD-Fraktion der Beschlußempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses zum Einzelplan 04 zu.

Gestatten Sie mir, meine Damen und Herren, eine abschließende Bemerkung. Natürlich

haben wir in den 90er Jahren noch einige Aufgaben zu erfüllen. Wenn ich die Sechspunkte-Forderung des 14. Landesdelegiertentages des Bundes der Strafvollzugsbediensteten in Essen, den auch Sie, Herr Dr. Klose, angesprochen haben, lese, komme ich zu dem Schluß, daß aus diesen sechs Punkten vieles zu schöpfen ist, was uns in den Haushaltsberatungen der kommenden Jahre beschäftigen muß. Die Forderung einer aufgabengerechten Personalausstattung sowie einer Verbesserung der baulichen und organisatorischen Strukturen in den Vollzugseinrichtungen des Landes - damit sind sicherlich auch die Schaffung kleinerer Vollzugseinheiten mit dezentraler Dienstaufsichtsplanung sowie die Verbesserung des technischen Standards insgesamt gemeint -, stößt bei uns auf offene Ohren. In dem gleichen Rahmen sind zu nennen: der Zusatzurlaub für Schichtdienstleistende wegen der mit diesem Dienst verbundenen besonderen Arbeitsanforderungen und Belastungen sowie der Ausgleich der Arbeitszeitverkürzung in den kommenden Jahren.

(C)

Es sei hier nicht verschwiegen, daß uns im Rahmen der Haushaltsberatung viele Eingaben und Schriftsätze erreicht haben, die sich aus ihrer jeweiligen Sicht sehr kritisch mit der Haushaltsberatung und den Ansätzen auseinandergesetzt und ein Mehr an Personal und Sachkosten gefordert haben. Vieles von dem, was dort gefordert und angeregt wurde, sollte eingehend geprüft und gewichtet werden, auch wenn es sich nicht im Haushalt 1990 wiederfindet.

(D)

Wenn der Vorsitzende des Landesverbandes des Bundes der Strafvollzugsbediensteten ausführt, daß es unredlich und unbillig wäre, die positive Entwicklung des Strafvollzugs in unserem Land Nordrhein-Westfalen zu übersehen und nicht entsprechend zu würdigen und einzustufen, auch wenn die Öffentlichkeit nicht immer applaudiert und die Entwicklung mit Akzeptanz begleitet habe und begleitet werde, so ist dem jedenfalls von der Seite der Sozialdemokraten nichts hinzuzufügen.

Es ist unbestritten, daß Nordrhein-Westfalen in den letzten Jahrzehnten enorme Anstrengungen unternommen hat, dem Strafvollzug in baulicher und vollzugsgestalterischer Hinsicht ein neues Bild und Gepräge zu geben. Dies ist und war politischer Wille von uns Sozialdemokraten und war unzweifelhaft in weiten Bereichen auch Wille des gesamten Rechtsausschusses.

(Beifall bei der SPD - Nagel (CDU):
Tosender Beifall der Regierungsfraktion - Heiterkeit bei der CDU)

- (A) Frau Vizepräsident Friebe: Für die Fraktion der F.D.P. erteile ich Herrn Abg. Lanfermann das Wort.

Lanfermann (F.D.P.): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Da wie fast immer üblich die Justiz hier fast schon am Nachtprogramm mitwirkt, bin ich mir der Verantwortung bewußt und werde mich auf einige wenige Punkte beschränken.

(Demonstrative Zustimmung bei der SPD - Apostel (SPD): 16.50 Uhr ist noch nicht Nacht, Herr Kollege!)

- Mir ist durchaus bewußt, daß Sie gern noch etwas länger bleiben wollen. Aber ich werde meine Ausführungen trotzdem auf wenige Punkte beschränken. Es sind dies nur ein paar Stichworte, die sowohl ein Resümee sein als auch ein bißchen in die Zukunft weisen sollen.

Da der Vollzug angesprochen worden ist, wünsche ich mir, Herr Minister, daß wir in Zukunft von Ihnen ohne Aufforderung und vielleicht mit etwas mehr Schnelligkeit die Dinge vorgelegt bekommen und besprechen können, die im Raume stehen. Ich rede vom WIBERA-Gutachten, über das wir diskutieren wollten. Aber "später" kann nicht immer viele, viele Monate später heißen. Ich spreche von einer Fortschreibung des Vollzugkonzepts 2000, das Sie uns vorgelegt haben und das in den meisten Bereichen eben nur eine Bestandsaufnahme ist und noch nicht konkret sagt, wohin die Reise, insbesondere was die Größe der Vollzugsanstalten angeht, gehen soll. Das war so eine Hoffnung, Herr Kollege Mayer. Ich habe das eigentlich immer ganz anders verstanden, daß es nämlich verstärkt zu einer Konzentration kommt. Wir wissen, daß wir es anders wollen, daß nur kleine und flexible Vollzugsanstalten unseren Zielen im Vollzug dienen.

Ich möchte anmerken, daß Sie mehr tun müssen - nun bleiben eben nur noch fünf Monate, aber man kann ja auch für die Zukunft Zeichen setzen - im EDV-Bereich. Die 9 Millionen DM reichen nicht. Wenn die Justiz in Nordrhein-Westfalen vernünftig und zukunftsorientiert mit EDV ausgerüstet werden soll, brauchen wir höhere Beträge. Das soll aber nicht heißen, wir hätten keine Steigerung, das soll auch nicht heißen, daß Sie sich nicht um den Anfang bemüht hätten. Hierzu wäre aber noch vieles anzumerken.

Ich spreche auch davon, daß Sie gegenüber dem Rechtsausschuß und gegenüber dem Parlament Dinge schneller, öffentlicher und konkreter vertreten müssen. Ich erinnere an

die Diskussion um den Vinckehof, die immer noch im Raume steht und bei der Sie gewiß sein können, daß wir Sie sozusagen Schritt auf Schritt bei dem beobachten, was Sie tun und was Sie nicht tun. Ich glaube, da spreche ich nicht nur für eine Fraktion.

Ich kürze das jetzt alles ab. Ich könnte zu jedem Punkt zehn Minuten reden. Sie sehen mir sicherlich nach, daß ich nur ganz kurz Schlagworte aufwerfe.

Ich zeige auch nur auf, welche politischen Fehler Sie gemacht haben. Ich denke z. B. an die Erklärungen, die Sie zu der Erfassungsstelle in Salzgitter abgegeben haben. Hier hat Sie ja die Geschichte mittlerweile eingeholt. Vielleicht würden Sie das heute auch anders sagen. Ich weise auch darauf hin, daß Sie sich bei der Frage der Zusammenführung von terroristischen Gewalttättern nicht an das gehalten haben, was der Landtag einstimmig beschlossen hat. Sie haben uns zumindest nicht darlegen können, daß Sie sich genau daran gehalten haben. Dies habe ich jetzt alles ein wenig abgekürzt dargestellt.

Ich möchte aber eines klarstellen, wobei auch das für die Zukunft gedacht ist, auch wenn es in dieser Legislaturperiode nur noch wenige Monate sind. Wir freuen uns, daß die Landesregierung nicht einen Gesetzentwurf zur Einführung von Richterwahlausschüssen eingebracht hat. Wir freuen uns nicht deshalb darüber, weil das unbedingt etwas Schlechtes sein muß, sondern deshalb, weil wir wissen, daß in der SPD Pläne bestehen, sie allein nach politischen Mehrheiten arbeiten zu lassen, und zwar sowohl bei der Wahl als auch bei deren Entscheidungen. Diesen Weg wird die F.D.P. niemals mitgehen; auch das sei hier an dieser Stelle eindeutig gesagt.

Außerdem werde ich da, wo es notwendig ist, Herr Minister, sei es bei dem Artikel 97 GG oder anderen Gelegenheiten, auch weiterhin für Sie und Ihre Argumente sprechen, wenn Sie sich mit Ihrer eigenen Fraktion auseinanderzusetzen haben.

Zum Abschluß darf ich sagen, daß uns die geschichtliche Entwicklung zeigt, wie recht Sie getan haben - so haben wir es auch getan -, als Sie auf die Große Anfrage der CDU-Fraktion, die hier behandelt worden ist, und auf die entsprechenden mahnenden Worte des Kollegen Mayer ablehnend reagiert haben. Ich darf daran erinnern, daß der Kollege Mayer vor einem halben Jahr angemahnt hat, Sie sollten endlich die Erfahrungen umsetzen, die der Rechtsausschuß in der DDR mit den Konfliktkommissionen und den sogenannten

(C)

(D)

(Lanfermann (F.D.P.))

- (A) gesellschaftlichen Gerichten dort gewonnen hat. Sie haben sich dagegen ausgesprochen. Das war richtig, und das bleibt auch richtig.

(Beifall bei der F.D.P. und bei Abgeordneten der CDU)

Frau Vizepräsident Friebe: Ich erteile das Wort Herrn Justizminister Dr. Krumsiek.

Dr. Krumsiek, Justizminister: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Sie sehen, die Juristen sind heute friedlich gestimmt, während sie sonst auch gelegentlich aufeinander losgehen. Ich will auch dieses Nachtprogramm nicht wesentlich erheitern.

Wir haben in der Bundesrepublik das umfassendste Rechtssystem und den umfassendsten Rechtsschutz, den wir uns überhaupt vorstellen können. Ich bin mit dem Kollegen Klose hinsichtlich der Überlastung einig. Wir sollten uns aber doch einmal vergegenwärtigen, was die Ursachen für diese Überlastung sind. Ich denke bei den Ursachen einmal an das gestiegene Rechtsbewußtsein der Bürger, ich denke an die komplizierter werdenden Gesetze - dabei denke ich insbesondere an die Steuergesetzgebung und die daraus resultierende Überlastung der Finanzgerichte -, ich denke auch an die hohe Zahl der Ausländer und Asylanten, die unsere Verwaltungsgerichte beschäftigen, und ich denke an die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Veränderungen sowie an die strukturellen Veränderungen in unserem Land. Daß wir uns personell darauf eingestellt haben, ist schon dargestellt worden. Ich will das auch nicht im Detail wiederholen, aber lassen Sie mich eines hervorheben:

(B)

Wir werden im nächsten Jahr allein durch den Fortfall der Stellenbesetzungssperre im Justizbereich sofort über 750 Stellen verfügen können. Diese 750 Stellen sind angesichts der Schwierigkeiten, die wir hatten, eine ungeheure Zahl. Deswegen haben wir auch angesichts der sonst guten Ausstattung im Vollzug uns damit abfinden müssen und können, hierzu keine weiteren Stellen wegen der Arbeitszeitverkürzung zu fordern. Wir werden 64 neue Stellen für Richter und Staatsanwälte haben. Ein Teil kommt aus Stellenumwandlungen, 50 Stellen werden neu geschaffen, und zwar gezielt dafür, um der Arbeitszeitverkürzung für Richter Rechnung zu tragen. Sie wissen, daß Richter im Gesetz keine festgelegte Arbeitszeit haben. Wir wissen aber auch, daß wir mit den 50 Richtern nur ein Zeichen setzen können. Ich glaube, daß die Richterschaft das durchaus versteht.

Im ADV-Bereich werden wir mehr als im letzten Jahr tun. Sie wissen aus der Broschüre "Bits and Bytes", daß wir zur Zeit allein zwangig Projekte laufen haben. Von daher erscheint es mir angezeigt zu sein, bei dem einen oder anderen Projekt etwas langsamer vorzugehen und die Projekte noch besser zu koordinieren als in der Vergangenheit, damit wir größere Erfolge erzielen können. Deswegen sind die 10 Millionen DM, die hier für uns ausgewiesen worden sind, ein großer Erfolg.

(C)

Im Bereich der Bauinvestitionen werden wir die begonnenen Maßnahmen weiter finanzieren und zu Ende bringen können. Erstmals werden wir im nächsten Jahr Bauraten für die Neubauten für die Amtsgerichte Solingen, Borken, Blomberg und Heinsberg haben. Weiter werden wir das Amtsgericht in Rheinberg erweitern. Außerdem wird die Justizvollzugsanstalt Remscheid mit einer neuen Pforte versehen. Das alles sind Investitionsmaßnahmen, mit denen wir uns sehen lassen können.

(Abg. Ruppert (F.D.P.): Da werden sich die Jungs aber freuen! - Heiterkeit)

- Sie wissen, Herr Kollege Ruppert, daß wir immer Wert auf Sicherheit gelegt haben.

Ich komme zurück zu den Fragen des Kollegen Lanfermann, die ich jeweils nur mit einem Satz beantworten will.

WIBERA-Gutachten: Wir haben Erprobung zugesagt und versuchen jetzt die Erprobung zunächst in der Anstalt Werl.

(D)

"Konzept 2000": Ich habe es als Diskussionsgrundlage vorgestellt. Es muß mit Sicherheit in der nächsten Legislaturperiode ausgearbeitet werden.

ADV: Ich habe sie eben erwähnt.

Vinckehof: Er hat uns hier mehrfach beschäftigt.

Salzgitter: Meine Damen und Herren, Sie alle tun so, als ob Sie die Entwicklung vorhergesehen hätten. Natürlich hat es unterschiedliche Meinungen gegeben. Aber noch am 18. oder 19. Oktober hat doch die CDU-Fraktion hier zu einer Sammlung aufgerufen, von der Herr Linssen gestern nichts mehr wissen wollte.

(Zustimmung des Abg. Dr. Pohl (CDU))

- Ich möchte Sie, Herr Dr. Pohl, wenn Sie hier klatschen, gerne einmal fragen, was

(Minister Dr. Krumsiek)

- (A) denn diese* Sammlung erbracht hat, wieviel auf den Konten eingegangen ist. Es hat sich doch eine Entwicklung vollzogen, die für jeden von uns - wenn er ehrlich ist - nicht vorhersehbar war.

Richterwahlausschuß: Sie kennen meine Haltung dazu. Sie wissen auch, daß ich aus verschiedenerlei Gründen - jedenfalls zum gegenwärtigen Zeitpunkt - gegen einen Richterwahlausschuß bin, der jedenfalls nach den Vorstellungen derjenigen, die ihn forderten, jeweils unterschiedlich strukturiert sein sollte. Diese unterschiedlichen Meinungen konnten zum jetzigen Zeitpunkt nicht in Einklang gebracht werden.

Lassen Sie mich noch einen Gedanken zu Herrn Dr. Kloses Äußerungen vortragen. Herr Dr. Klose, Sie haben den Fall der Freigänger und die Raubüberfälle in Grevenbroich angesprochen. Sie werden mir abnehmen, daß mich das sehr bewegt.

- (B) Ich stimme mit Ihnen in zwei Dingen überein: Wir sollten am Behandlungsvollzug festhalten, sollten spektakuläre Versagerfälle nicht zum Anlaß nehmen, das Gesamtsystem des Hafturlaubs in Frage zu stellen. Aber ich glaube, wir werden überprüfen müssen, ob wir bei den ersten Vollzugslockerungen wie Ausgang und Urlaub noch stärkere Kontroll- oder gar Hemmungsmechanismen einbauen müssen. Es gibt dazu Überlegungen und Vorschläge. Sie dürfen sicher sein, daß wir sie bei uns im Hause sehr gründlich prüfen und daß ich alsbald in dieser Sache auch Entscheidungen treffe und Sie darüber im Rechtsausschuß unterrichten werde. Nur wiederhole ich hier: Wir müssen an diese Fragen sehr behutsam herangehen, damit wir nicht die Gefahr erhöhen, daß unsere Vollzugsbediensteten in den Anstalten erhöhten Gewalttätigkeiten ausgesetzt sind.

Ich selbst darf mich, meine Damen und Herren, bei Ihnen dafür bedanken, daß es jedenfalls in Fragen des Vollzuges trotz unterschiedlicher politischer Auffassungen doch immer weitgehend einen Konsens gegeben hat.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Riemer: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Wir kommen zur Abstimmung. Zunächst stimmen wir über den Änderungsantrag der CDU-Fraktion Drucksache 10/4982 - Stichwort: Stellen für Bewährungshelfer - ab. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen will, den

bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Dann ist dieser Antrag abgelehnt. (C)

Wir stimmen nun über den Entwurf des Einzelplans 04 - Justizminister - ab. Wer dem Entwurf des Einzelplans 04 entsprechend der Beschlußempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksachen 10/4904 und 10/4975 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Entwurf des Einzelplans 04 in zweiter Lesung angenommen.

Ich rufe nun auf:

Einzelplan 13: Landesrechnungshof

Hierzu liegt Ihnen die Drucksache 10/4913 mit den Beschlußempfehlungen des Haushalts- und Finanzausschusses vor. Ich eröffne die Beratung. Wünscht jemand das Wort? - Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich abstimmen. Wer dem Entwurf des Einzelplans 13 entsprechend der Beschlußempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses zustimmen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Entwurf des Einzelplans 13 in zweiter Lesung angenommen.

Ich rufe nun auf:

Einzelplan 01: Landtag

Hierzu liegt Ihnen mit Drucksache 10/4901 die Beschlußempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses vor. Ich eröffne die Beratung. Wünscht jemand das Wort? - Das ist nicht der Fall. (D)

Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer dem Entwurf des Einzelplans 01 entsprechend der Beschlußempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Entwurf des Einzelplans 01 in zweiter Lesung angenommen.

Ich rufe nun auf:

Einzelplan 12: Finanzminister

In Verbindung damit:

Einzelplan 14: Allgemeine Finanzverwaltung

Es liegen Änderungsanträge vor, und zwar mit Drucksache 10/4988 - Neudruck - ein